



Yoga-Studio Der Chräis Chäib wird ein Zentrum für Entspannung und Meditation. Im Sanapurna hat der Stress keine Chance. 19

«Bundesgericht segnet Querulantentum ab»

Der Zürcher Justizdirektor Martin Graf (Grüne) übt massive Kritik an den obersten Schweizer Richtern im Fall Carlos. Das Bundesgericht habe mit seiner Entscheidung, Carlos aus der Haft zu entlassen, die «Obstruktion eines Jugendlichen» belohnt.

Mit Martin Graf sprachen Benno Gasser und Thomas Knellwolf

Haben Sie ein schlechtes Gewissen?
Nein. Müsste ich?

Ein Fall in Ihrer Direktion lief ein halbes Jahr lang schief.
Wir machten Fehler, die wir korrigieren. Es war falsch, dass der Fall Carlos durch einen TV-Beitrag über die Jugendanwaltschaft öffentlich wurde und einen Medienrummel verursachte. Das erste Sondersetting war zu wenig sorgfältig ausgearbeitet: Es gab keine Psychotherapie und zu wenig Bildung, dafür zu hohe Kosten und sogar bezahltes Thaiboxen. Das Controlling war nicht genügend.

Das alles ist vor mehr als einem halben Jahr passiert. Seither lief alles richtig?
Nein. Als Carlos im August ins Gefängnis Limmattal kam, dauerte es zu lange, bis wir die Lösung mit dem Massnahmenzentrum Uitikon fanden. Dann haben wir Carlos' Kooperationsbereitschaft falsch beurteilt. Vielleicht hätten wir mehr in die Kommunikation mit ihm und seinem Anwalt investieren müssen.

Wer trägt die Verantwortung dafür?
Ich und die Oberjugendanwaltschaft. Wir sind daran, das Controlling zu verbessern.

Einen zentralen Fehler verschweigen Sie: Laut Bundesgericht durfte man Carlos nicht einsperren.
Das Obergericht sah das anders. Wenn Juristen einen Fall derart unterschiedlich beurteilen, wird es schwierig. Wir haben Carlos für den offenen Vollzug vorgesehen. Das Massnahmenzentrum stellte richtigerweise die Bedingung, dass er - wie jeder andere - zuerst zur Beurteilung in die geschlossene Abteilung kommt. Hätte er kooperiert, wäre er heute im offenen Vollzug. Das Bundesgericht hat das alles ausgeblendet.

Was denken Sie über das Urteil?
Es ärgerte mich massiv, dass ein jugendlicher Obstruktion mit Segen des Bundesgerichts betreiben kann. Ich meine nach wie vor, wir handelten richtig.

Sie hörten doch nur auf die vielen Stimmen, die Wegsperrungen forderten.
Das ist nicht wahr. Und es ärgert mich, dass Sie dies einfach so behaupten.

Sie können sich rechtfertigen.
Es wäre einfacher gewesen, direkt ein neues Sondersetting aufzustellen, was vertretbar gewesen wäre. Weder die Oberjugendanwaltschaft noch ich fanden dies langfristig die richtige Lösung.

Sie sagten zur geschlossenen Unterbringung, das Leben sei kein Wunschprogramm. Gilt das noch?
Aber sicher. Es ärgert mich sehr, dass ein jugendlicher uns durch Obstruktion zu einer Massnahme zwingen kann. Dass das Bundesgericht Querulantentum absegnet. Und dass es einen Rechtsprofessor gibt, der Carlos' Renitenz gut findet. Das ist nicht nach meinem Gusto.

Das Bundesgericht sagt, das Wegsperrungen im Fall Carlos sei willkürlich.
Dem Urteil sieht man an, dass mehrere Personen daran geschrieben haben. Vermutlich gab es Diskussionen unter den Richtern. Wir akzeptieren den Entscheid. Wir vollziehen ihn selbstverständlich. Aber es widerstrebt mir.

Jetzt steht man vor einem Scherbenhaufen und setzt eine Lösung um, die schon vor Monaten bestand.
Im Nachhinein wäre es gescheiter gewesen, Carlos aus dem Gefängnis Limmattal ohne Zusatzschleife in ein Sondersetting zu bringen. Es war für mich aber wichtig, mit dem Massnahmenzentrum einen nachhaltigen Weg zu beschreiten. Das ist eine erstklassige Einrichtung mit



«Müsste ich ein schlechtes Gewissen haben?»: Regierungsrat und Justizdirektor Martin Graf. Foto: Sophie Stieger

zwanzig Berufsausbildungsmöglichkeiten. Carlos hätte seinen Schulrückstand aufholen können. Kooperationsbereitschaft war nicht vorhanden. Ich weiss nicht, ob Angehörige und der Anwalt Carlos hier instrumentalisierten.

Dossier: Der Fall Carlos
www.carlos.tagesanzeiger.ch

Welche Hinweise haben Sie?
Er stand in engem Kontakt zum Vater, der ihn in dieser Hinsicht nicht unbedingt unterstützte. Ich bedauere dies.

Sie schreiben von «ungeklärtem Gefährlichkeitspotenzial».
Vorher hatte Carlos 13 Monate in einer Wohnung im Baselbiet gelebt, ohne Vorfälle. Veränderte ihn die Haft?
Ein psychiatrisches Gutachten von 2012 attestiert ihm eine hohe Rückfallgefahr. Daran hat sich nichts geändert. Das sieht auch das Massnahmenzentrum so.

Und wie wollen Sie jetzt die Sicherheit gewährleisten?
Da müssen Sie das Bundesgericht fragen. Es schreibt vor, Carlos in einem offenen Setting zu platzieren oder zu entlassen. Das war nicht mein Vorschlag.

Sie schieben die Verantwortung ab.
Nein. Aber im Sondersetting ist es schwieriger, die Sicherheit zu gewährleisten. Wir glauben, dass es mit einer Eins-zu-eins-Betreuung möglich sein sollte. Wir hoffen, dass es gut kommt.

Haben Sie je mit Jugendanwalt Hans-Ueli Gürber gesprochen, der Carlos am besten kennt?
Zur aktuellen Fallführung nicht, sonst schon. Er ist der Oberjugendanwaltschaft und nicht mir unterstellt.

Haben Sie je mit Carlos persönlich gesprochen?
Nein, das wäre ein Präjudiz für alle 1528 Gefangenen im Kanton Zürich. Das würde unerfüllbare Erwartungen wecken. Sonst wollen plötzlich auch andere Gefangene mit mir reden.

Welchen Einfluss übten Sie aus, als Carlos im August verhaftet wurde?
Meine Rolle beschränkte sich auf eine Mitbeurteilung. Die Oberjugendanwaltschaft schätzte die Situation ein und veranlasste die Festnahme. Natürlich wurde ich zuvor informiert, und ich unterstützte den Entscheid. Bei der Verlegung nach Uitikon verhielt es sich gleich.

Weshalb liessen Sie jemanden einschliessen, der seine Strafe verbüsst hatte und sich nichts mehr zuschulden kommen liess?
Beim Fall Carlos kochen alle Beteiligten ihr eigenes Süppchen. Fast niemand ging es dabei darum, ihn zu lösen. Den Medien schon gar nicht, bitte schreiben Sie das! Es ging um Positionen der Parteien, um politische Karrieren und um die Rehabilitierung der Eltern, die vielleicht ein schlechtes Gewissen haben.

Sie haben damit die Frage noch nicht beantwortet.
Carlos wurde zu neun Monaten Haft verurteilt, die zugunsten einer offenen Massnahme aufgeschoben wurden. Diese kann abgeändert werden. Bei Carlos waren mit der Medienkampagne und seinem Widerstand diese Umstände dafür aus meiner Sicht erfüllt.

Was halten Sie von Rücktrittsforderungen an Ihre Adresse?
Wenn andere auf mein Amt aspirieren, sind solche Forderungen logisch. Ich halte nichts davon, auch nicht beim Oberjugendanwalt. Ich bin mit seiner Arbeit bis auf wenige Punkte zufrieden.
Kommentar Seite 2

Der Fall Carlos
«Absurd hohe Kosten»

Das 19 000 Franken teure Sondersetting für Carlos löst bei den Parteien heftige Reaktionen aus.

Von Ruedi Baumann
Zürich - Die Stellungnahmen der Parteien sind gestern ziemlich heftig ausgefallen - auch im Hinblick auf die in einem Jahr stattfindenden Regierungswahlen. Die Grünen hatten der CVP vor drei Jahren den Sitz weggeschnappt. SVP-Präsident Alfred Heer spricht von «immer noch absurd hohen Kosten». Der Therapie- und Sozialstaat Schweiz belohne Carlos' renitentes Verhalten erneut, das sei ein «Sieg für die Sozialindustrie». Die amtlich bewilligte Masslosigkeit im Fall Carlos gehe munter weiter, auch wenn die neue Rundumbetreuung 10 000 Franken billiger sei als früher. Zum Thaiboxtraining sagt Heer: «Ich habe nichts gegen sportliche Betätigung in der Freizeit einzuwenden.» Im Communiqué, das auch von Fraktionschef Jürg Trachsel unterzeichnet ist, wirft die SVP dem grünen Justizdirektor Martin Graf mangelndes Rückgrat vor.

FDP-Fraktionschef Thomas Vogel begrüsst das neue Sondersetting: «Der Entscheid von Justizdirektor Graf ist richtig: ein Sondersetting ohne Luxus zu einem massiv reduzierten Preis.» Graf habe keine Wahl gehabt: Unbetreute Freilassung sei keine Option, das Bundesgericht habe zu Recht weiteres Einsperren verboten. Die Justizdirektion habe sich als etwas hilflos erwiesen, «aber Graf hat trotzdem unser Vertrauen», sagt Vogel. Auch Strafrechtsprofessor und Nationalrat Daniel Jositsch (SP) bezeichnet das neue Sondersetting für Carlos als «das einzig Richtige». Die unnötige Verzögerung, mit der die Massnahme umgesetzt worden sei, sei ärgerlich und gefährde deren Erfolgsaussichten.

Grüne: Kritiker sind Populisten
Esther Guyer, Fraktionspräsidentin der Grünen, stützt ihren Parteikollegen Martin Graf: «Er hat sich als belastbar und krisenfest gezeigt.» Dafür qualifiziert sie einzelne Kritiker als Populisten und «Möchtegern-Regierungsräte». Damit meint sie offenbar neben Jositsch die Fraktionspräsidenten von SVP und CVP: Jürg Trachsel und Philipp Kutter. Diese hätten viel Verständnis für den Vandalismus von Carlos im Massnahmenzentrum geäußert oder sich mit kreativen Vorschlägen wie «Unterbringung in einem Spaniencamp» profilieren wollen.

Für Guyer ist es perfid, Martin Graf zum Handeln aufzufordern im Wissen darum, dass der Justizdirektor in diesem Verfahren weder Entscheide fällen kann noch darf. «Der Justizdirektor hat jederzeit die Gewaltenteilung respektiert und seine Aufsichtsfunktion wahrgenommen.» Wer sich gern als «Vierte Gewalt» im Staat profilieren möchte, sei gut beraten, sich näher mit der Gewaltenteilung in einem Rechtsstaat zu befassen. Auch die Medien müssten ihren Teil der Verantwortung dafür tragen, dass der Jugendstrafvollzug im Fall «Carlos» stattfinden kann. «Trophäenjagd auf Regierungsräte darf nicht zulasten des Jugendstrafvollzugs stattfinden.»

Philipp Kutter, Fraktionspräsident der CVP, kritisiert die Thaiboxkurse deutlicher: «Meines Erachtens ist dieser Kampfsport zu sehr auf Angriff ausgerichtet.» Auch der Vorfall in Beqiris Trainingszentrum bestätige «die Skepsis gegenüber einer Szene, in der viele Aggressionen bestehen». Laut Kutter sei «ein körperbetonter Sport» als Teil des Sondersettings denkbar, «es gibt aber gute Alternativen zum Thaiboxen, die mehr auf Verteidigung und Aggressionskontrolle setzen», wie beispielsweise Judo. (jcu/pia/ese/mom)